

# Schwäbisch Hall 1914–1918: Wirtschaft und Alltag einer Oberamtsstadt im Ersten Weltkrieg

VON ARMIN MÜLLER

## 1. Einführung: Fragen der Wirtschaftsgeschichte an den Ersten Weltkrieg

Wirtschaftsgeschichte und Erster Weltkrieg gehörten bislang nicht unbedingt zusammen. Weder standen bei Darstellungen und Analysen zum Weltkrieg üblicherweise wirtschaftshistorische Fragestellungen im Mittelpunkt, noch konnte bislang ein besonderes Forschungsinteresse der Wirtschaftsgeschichte für die Kriegsjahre 1914–18 beobachtet werden. Diese Einschätzung gilt mindestens für die deutschsprachige Geschichtswissenschaft. Sicherlich gab es schon vor Jahrzehnten einige wichtige und wegweisende, an ökonomischen Fragestellungen zum Ersten Weltkrieg ausgerichtete Studien, erinnert sei an Jürgen Kocka mit seiner sozialgeschichtlichen Arbeit zur „Klassengesellschaft im Krieg“ (1973) oder an Gerald A. Feldman mit seiner grundlegenden Analyse der deutschen Kriegswirtschaft (1966)<sup>1</sup>. Nur wenige neuere Publikationen erweiterten seitdem unsere Sicht auf die deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg<sup>2</sup>.

Das Hauptinteresse galt aber damals wie heute den militärischen und politischen Dimensionen dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“<sup>3</sup>. Im Fokus der Aufmerksamkeit stehen damit einerseits die Frontlinien und Kriegsschauplätze, andererseits die politischen Zentren und die Entscheidungsprozesse der politisch-militärischen Eliten. Im Schatten der Analysen steht damit die Bevölkerung in den deutschen Provinzen, Bürger, Unternehmer, Arbeiter und Bauern, d. h. die eigentlichen Träger, Akteure, Profiteure und Leitragende der Kriegswirtschaft<sup>4</sup>.

1 Vgl. Jürgen Kocka: *Klassengesellschaft im Krieg*. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918. Frankfurt/M. 1988 (Original 1973); Gerald D. Feldman: *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918*. Bonn und Berlin 1985 (Original 1966).

2 Genannt sei beispielhaft Stefanie *van de Kerkhof*: *Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft*. Unternehmensstrategien der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Essen 2006.

3 Vgl. Ernst Schulin: *Die Urkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts*. In: Wolfgang Michalka (Hg.): *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1994, S. 3–27.

4 Vgl. Nils Freytag: *Neuerscheinungen zum 1. Weltkrieg*. Einführung. In: *sehpunkte* 14 (2014), Nr. 7/8 [15.07.2014], URL: <http://www.sehpunkte.de/2014/07/forum/neuerscheinungen-zum-1-weltkrieg-178/>

Eine der wenigen Ausnahmen bildet hier die Studie von Roger Chickering<sup>5</sup> zur Stadt Freiburg im Ersten Weltkrieg, die aber durch ihre hohe Qualität durchaus als wegweisend und grundlegend für alle Folgeprojekte zur Alltagsgeschichte einer Stadt im Krieg bezeichnet werden kann.

Im runden Jubiläumsjahr ist es vor allem den vielen regionalen Ausstellungsprojekten zu verdanken, dass unser Wissen über den Kriegsalltag der Menschen hinter der Front um neue Sichtweisen und Erkenntnisse erweitert wurde<sup>6</sup>. Der vorliegende Text greift die alltags- und wirtschaftshistorische Perspektive auf und wendet sich der nordwürttembergischen Oberamtsstadt Schwäbisch Hall<sup>7</sup> zu. Im Mittelpunkt steht der Blick auf die durch den Krieg ausgelösten Veränderungen für die Menschen, ihren Alltag und ihre wirtschaftliche Situation.

Die zentralen empirischen Vorarbeiten für diese Analyse liegen schon über 20 Jahre zurück und wurden vom Autor im Rahmen eines Schulprojekts zum Ersten Weltkrieg in der eigenen Heimatstadt Schwäbisch Hall durchgeführt. Damals wurden alle im Haller Stadtarchiv und Kreisarchiv vorhandenen Bestände, insbesondere das Archiv des „Haller Tagblatts“ sowie Protokolle und Akten des Gemeinderats und der Kommunalbehörden ausgewertet. Die Ergebnisse wurden im Jahrbuch 1992 der Zeitschrift „Württembergisch Franken“ veröffentlicht<sup>8</sup>. Für diese Neubearbeitung des Themas wurde das eigene Quellenmaterial um die seitdem stattgefundenen Publikationen ergänzt beziehungsweise abgeglichen und unter einer klaren wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellung neu strukturiert. Der vorliegende Text nimmt somit die zentralen Wirtschaftssubjekte und Akteursgruppen in den Blick und fragt nach ihrer wirtschaftlichen, sozialen und – mit Abstrichen – kulturellen Lage in Stadt, Umland und den hier verortbaren Märkten (vgl. Abbildung 1). Wichtig ist der Hinweis darauf, dass wir uns in der Phase der Hochindustrialisierung befinden, in der diese Akteure und ihre Rollen im Wirtschaftsprozess gerade erst in unserem modernen Verständnis formiert oder einer grundlegenden Neudefinition unterzogen wurden. Eine moderne, liberale Markt- und Wettbewerbswirtschaft in unserem heutigen Verständnis war zu Beginn des 20. Jahrhunderts keineswegs selbstverständlich, sondern in Deutschland erst eine Generation zuvor entstanden<sup>9</sup>.

5 Vgl. Roger *Chickering*: Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag 1914–1918. Paderborn 2009.

6 Allein für die Grenzregion am Oberrhein sind für 2014 insgesamt 25 Ausstellungen angekündigt, und im weiteren Baden-Württemberg sind ebenfalls zahlreiche regionalgeschichtliche Projekte zum Ersten Weltkrieg zu sehen. Wichtig ist sicherlich die Landesausstellung „Fastnacht der Hölle“ im Haus der Geschichte in Stuttgart.

7 Bis 1934 hieß die Stadt offiziell „Hall“, danach erst erhielt sie den vollen, bis heute offiziellen Namen „Schwäbisch Hall“. Im Text wird deswegen in der Regel nur von Hall gesprochen.

8 Vgl. Armin *Müller*: Schwäbisch Hall 1914–1918. Eine Oberamtsstadt im Spiegel des 1. Weltkrieges. In: WFr 76 (1992), S. 275–284.

9 Grundlegend hierzu Clemens *Wischer*, Anne *Nieberding*: Die institutionelle Revolution. Eine Einführung in die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2004.

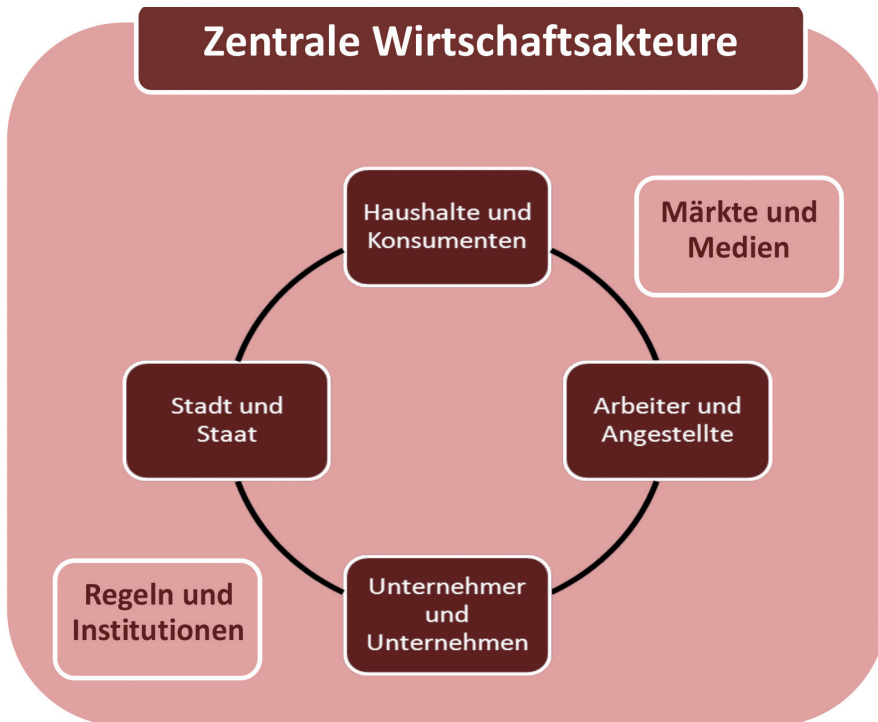


Abbildung 1: Zentrale Rollen und Akteursgruppen im Wirtschaftsprozess.

Nach einigen Rahmendaten zum sozioökonomischen Umfeld der Stadt Hall und dem Gebiet des Oberamts Hall wird die Darstellung mit der Gruppe der Konsumenten und Haushalte beginnen. Als Verbraucher in einer Situation zunehmender Versorgungsengpässe sind sie die Gruppe, die in der bisherigen Alltagsgeschichte zum Ersten Weltkrieg am häufigsten thematisiert wurde. Dann wird nach den Unternehmern und ihren Unternehmen gefragt, wobei sowohl der städtische als auch der ländliche Raum in den Blick genommen werden. Dritte Gruppe werden die Arbeiter und Angestellten sein, also die wichtigste Gruppe der abhängig Beschäftigten. Damit eng verbunden sind Themen wie Arbeitslosigkeit beziehungsweise Arbeitskräftemangel sowie die veränderten Geschlechterrollen im Wirtschaftsprozess. Letzte Gruppe werden die staatlichen Akteure mit ihrer stark steigenden Bedeutung und Einflussnahme in den Kriegsjahren sein. Mit dem Blick auf eine Provinzstadt werden es hier vor allem die kommunalen Behörden und Institutionen sein. Wer von Institutionen spricht, der kann von Medien und Märkten kaum schweigen. Deshalb wird abschließend auch ein Blick auch auf dieses Feld geworfen, ohne es wirklich befriedigend beschreiben oder gar beurteilen zu können.

Mit einem wirtschaftshistorischen Ansatz kommen zwei sehr unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen zusammen. Aus einer eher theoriegeleiteten Wirtschaftswissenschaft kann eine solche Analyse lernen, dass Wirtschaftssubjekte immer in eine institutionelle Umwelt eingebettet sind, die Regeln und Rechte, Anforderungen und Beziehungen vordefinieren und damit wesentlich Verhaltens- und Denkmuster der Akteure vorprägen. Aus einer eher quellenorientierten Geschichtswissenschaft geht es darum, die Spuren und Folgen dieser Umwelt in der historischen Mikro-Analyse wiederzuentdecken, um damit letztlich Auswirkungen und Veränderungen beschreiben und einschätzen zu können. Im abschließenden Fazit wird diese Fragestellung aufgegriffen und auf ihren Mehrwert zum Verständnis einer Stadt im Ersten Weltkrieg überprüft.

## 2. Wirtschaftliches Umfeld Schwäbisch Halls

Die ehemals Freie Reichsstadt Hall gehörte seit der Napoleonischen Zeit zum Königreich Württemberg. Als Sitz eines Oberamtes war die Stadt ein mittleres Zentrum im ländlichen Raum, das aber im Verlauf des 19. Jahrhunderts eher durch Prozesse der Stagnation und des Rückschritts gekennzeichnet war. Auch in den Jahrzehnten des Kaiserreichs blieb die ökonomische und soziale Entwicklung hinter der allgemeinen Industrialisierung im Königreich zurück: „Als um 1880 in Württemberg die ‚goldenen Jahre‘ der Industrie begannen, sanken in Hall die Einwohnerzahlen, und als die Städte aufblühten, war Hall unter allen größeren Orten Württembergs der einzige, der zeitweise nicht einmal einen Geburtenüberschuss aufweisen konnte.“<sup>10</sup> Die Zahl der industriellen Betriebe und Arbeitsplätze hielt sich damit in Grenzen, sodass die Stadt auch noch in den 1910er Jahren eher handwerklich als industriell geprägt war. Nichtsdestotrotz gab es die neue, kapitalistische Wirtschaftswelt der Fabriken und ihrer Arbeiter, der arbeitsteiligen Massenfabrikation für nationale und internationale Märkte, der Werbung und neuer Konsumgüter auch in der württembergischen Provinz. Eines der großen Haller Industrieunternehmen, die Firma Grossag, wird weiter unten noch vorgestellt.

Insgesamt war aber der Anschluss an die großen gesellschaftlichen Umwälzungen infolge der Industrialisierung etwas verloren gegangen. Ablesbar ist dies beispielsweise an den Einwohnerzahlen. Im Jahr der Reichsgründung 1871 hatte Hall 9.539 Einwohner, 1910 zählte man 9.321 Einwohner. Im Gegensatz zu den stark wachsenden Industriestädten in den Kernregionen Württembergs stagnierte Hall und musste sogar geringfügige Einwohnerverluste verbuchen. Erst ab den

10 Wolfgang Kromer: Abseits der industriellen Welt. Das Hohenloher Land. In: Peter Schiffer (Hg.): Wasserrad und Dampfmaschine. Beiträge einer Arbeitstagung des Landesmuseums für Technik und Arbeit in Mannheim, des Historischen Vereins für Württembergisch Franken und des Bildungshauses des Klosters Schöntal im Jahr 1997. Stuttgart 2000, S. 71–79, hier S. 73.

1920er und 1930er Jahren erreichten der Strukturwandel und damit verbundene wirtschaftliche Wachstumsprozesse Hall, Hall lag aber weiterhin unter den durchschnittlichen Wachstumswerten anderer Städte in Württemberg<sup>11</sup>.

Das Oberamt Hall war ganz überwiegend von einer ländlich-bäuerlich-traditionellen Wirtschafts- und Sozialstruktur geprägt. Die Einwohnerzahl lag insgesamt bei rund 43.000 mit rückläufiger Tendenz. Von Ausbruch der Industrialisierung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs gingen etwa 7–8 Prozent der Bevölkerung der Region verloren, sie waren überwiegend in die Städte des Landes abgewandert. Wolfgang Kromer hat vor einigen Jahren diese Position des Hällisch-Hohenloher Landes mit dem Begriff „Abseits der industriellen Welt“ sehr treffend beschrieben<sup>12</sup>.

### 3. Alltag, Haushalte und Konsumenten

Vor diesem Hintergrund sind die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen beziehungsweise Entwicklungen während der Kriegsjahre einzuordnen und zu interpretieren. Zunächst soll die erste Akteursgruppe, die privaten Haushalte, die Konsumenten und ihr Alltagsleben, betrachtet werden. Der unmittelbare Kriegsbeginn 1914 hatte hier direkte Auswirkungen: Mit der Mobilmachung wurde ein großer Teil der männlichen Bevölkerung in den Militärdienst eingezogen. Die fein abgestimmten Rädchen der Mobilmachungspläne griffen ab dem 1. August ineinander. Jeder Ortsvorsteher verfügte über ein „*Mobilmachungsbüchlein*“, in dem alle Details über die Mobilmachung der Reserve, die Aushebung des Landsturms, Lazarettbildung usw. nachlesbar waren. Im Haller Tagblatt wurde eine umfangreiche Zensurverordnung veröffentlicht, es folgten zahlreiche Verordnungen, Beschränkungen und Verbote zu fast allen Bereichen des Alltags.<sup>13</sup> Einige davon betrafen den Warenverkehr, so wurden beispielsweise ein Exportverbot für kriegswichtige Güter und Rohstoffe verhängt, der Ausschank von Alkohol und der Handel damit waren stark eingeschränkt. In dieser Situation forderte der Haller Stadtschultheiß die Bevölkerung auf *Ruhe und Ordnung zu bewahren, [...], damit der gute Ruf der Stadt sich auch in schwerer Zeit nicht minder wie in festlichen Tagen bewähre*.<sup>14</sup>

Die Haller Reservisten waren zum einen im III. Bataillon des Reserve-Infanterieregiments Nr. 121 organisiert. Dessen Soldaten wurden am 11. August in einem feierlichen Feldgottesdienst auf dem Haller Marktplatz verabschiedet und rückten mit 1.023 Mann, 25 Offizieren und 60 Pferden in Richtung Elsaß aus.

11 Vgl. Martina *Bauch*: Schwäbisch Hall im Ersten Weltkrieg. Eine lokalgeschichtliche Untersuchung mit Überlegungen zur Unterrichtspraxis. Abschlussarbeit PH Freiburg 1999, S. 2 f. und *Kromer* (wie Anm. 10), S. 76.

12 Vgl. *Kromer* (wie Anm. 10), S. 76.

13 Vgl. *Müller* (wie Anm. 8): S. 275 f. und *Bauch* (wie Anm. 11): S. 4–8.

14 Haller Tagblatt Nr. 177, 1.9.1914, S. 4

Zum anderen füllten die Reservisten aus dem Oberamt Hall zusammen mit Backnang, Öhringen und Weinsberg das Württembergische Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 39, das sich am 21./22. August auf dem Haller Unterwöhrd sammelte. Der Landsturm wurde erst ab der zweiten Kriegshälfte unmittelbar an der Front eingesetzt. Bis 1916 übte er Besatzungsaufgaben in Belgien aus. Die Folgen der Kriegshandlungen für die Stadt Hall sind bekannt. Sie lag weitab der Fronten und Kampfhandlungen, trotzdem musste sie einen hohen Blutzoll entrichten. Insgesamt zählte Hall 303 tote und 13 vermisste Soldaten. Ihre Namen können alle auf dem Kriegerdenkmal auf dem Nikolaifriedhof nachgelesen werden. Für das Oberamt ist keine übergreifende Gefallenenstatistik veröffentlicht. Rechnet man die Zahlen der Stadt aber hoch, dann kommt man auf deutlich über 1.000 tote Soldaten für die im Oberamt lebenden Familien.

Wirtschaftlich wirkte sich der Kriegsbeginn sofort durch beginnende Maßnahmen zur Rationierung von Energierohstoffen aus<sup>15</sup>. Der Haller Gemeinderat beschränkte die Abgabe von Koks pro Person auf 20 Zentner, Gebäudebesitzern mit Erdölheizungen riet man, auf Gasheizungen umzusteigen, der kommunale Forst wurde für Eichelsammler freigegeben und die Straßenbeleuchtung wurde eingeschränkt. Gerüchte über Preistreibereien und Lebensmittelknappheit gab es seit der Julikrise und verstärkt in den Tagen des Kriegsausbruchs. Unmittelbar reagierten die Behörden hier nicht. Die ersten staatlichen Eingriffe durch zentrale Preisfestlegungen für Grundnahrungsmittel folgten erst gegen Ende des Jahres. Betroffen waren vor allem Kartoffeln, Brot, Mehl aber auch Ammoniak als Grundstoff für Kunstdünger. Beim Brot gab es nicht nur Preisregelungen, sondern auch genaue Verordnungen zum Mengenverhältnis der Zutaten. Weizenbrot wurde mit Roggenmehl und Roggenbrot mit Kartoffelmehl gestreckt.

Für alle diese Maßnahmen der Kriegspolitik unter Einbeziehung der gesamten Zivilbevölkerung kannten auch schon die Zeitgenossen seit dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 den Begriff „Heimatfront“. Damit meinte man die gesamte geistige und materielle Ausrichtung der Menschen auf den Krieg. Die geistig-kulturelle Mobilisierung fand vom ersten Kriegstag an auch in Hall statt. Neben Vertretern von Stadt und Parteien waren in Hall vor allem Lehrer und Pfarrer an vorderster „Heimatfront“ engagiert. Parallel fand die materielle Mobilisierung statt. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählten neben der genannten Rohstoff- und Lebensmittelbewirtschaftung vor allem die Bereiche „Liebesgaben“ für die Front, die Verwundetenversorgung sowie – u. a. damit einhergehend – Mobilisierung von Frauen und Jugendlichen.

Mit dem Thema der Verwundetenversorgung und der Einrichtung von Lazaretten u. a. in Hall beschäftigt sich ein anderer Artikel dieses Bandes, sodass hierauf kein spezieller Fokus gelegt wird. Zentral für alle Jahre war das Thema „Liebesgaben“. Unter „Liebesgaben“ für die Front verstand man Warensammlungen und Warensendungen für die eigenen Familienangehörigen oder organisierte

15 Vgl. Müller (wie Anm. 8), S. 277; Bauch (wie Anm. 11), S. 30f.

Sammlungen für Soldaten aus Hall und Umgebung. Die Sammlungen wurden hauptsächlich über die Ortsgruppen des Roten Kreuzes organisiert. Versendet und oft auch eigens produziert wurden Kleidung, Rauchwaren, Bücher, Zeitungen und Postkarten. Es ging also einerseits um die Versorgung mit Luxuswaren, andererseits um die Versorgung mit Informationen aus der Heimat.

Getragen wurden diese Hilfsaktionen an der Heimatfront häufig von Schülern und Jugendlichen. Deren Lebenssituation hatte sich durch den Krieg deutlich verändert. Zu Kriegsbeginn war zunächst der ordentliche Schulbetrieb in Hall gestört. Im Oberamtsbezirk waren von 66 Lehrern 20 zu den Waffen gerufen worden und die Schüler wurden vielerorts als Erntehelfer oder als Sammler und Hilfskräfte beim Roten Kreuz eingesetzt. An Stelle des Werkunterrichts verbrachten die 12–14jährigen Schüler ihre Zeit bei Ernteeinsätzen im Umland, unterstützten die Bauern bei der Obsternte und konnten dabei gesammeltes Obst an Verwundete und Soldaten weiterreichen. Für das Rote Kreuz sammelten Mädchen und Jungen der Haller Schulen allein im ersten Kriegsjahr 1.550 kg Wollreste, bei Metallsammlungen kamen Messing, Zinn, Zink Blei und Staniol mit einem Gesamtgewicht von 1.484 kg zusammen. Des Weiteren wurden von den Schülern Lebensmittelspenden organisiert: 200 l Saft und Marmelade, 17 Zentner Kartoffeln, 36 Pfund Butter und Schmalz und 8.000 Eier wurden in diesem Zeitraum dem Roten Kreuz übergeben<sup>16</sup>.

Hinzu kamen geschlechtsspezifische Arbeiten und Aufgaben. So wurden die Mädchen mit Handarbeiten und Stricken betraut: Im ersten Jahr konnte der Schulbezirk Hall 2.147 Paar Socken, 685 Paar Handschuhe, 300 Leibbinden, 379 Ohrenschützer und 473 Sturmhauben für die Ausstattung der Truppen beitragen<sup>17</sup>. Für die Folgejahre wurden ähnliche Mengen an Liebesgaben für die Front gesammelt beziehungsweise erzeugt.

Die Jungen hingegen wurden zusätzlich in der „Jugendwehr“ organisiert. Männliche Jugendliche im Alter von 16–20 Jahren sollten damit auf ihre militärischen Aufgaben vorbereitet werden. Im Oktober 1914 wurde auch in Hall ein Arbeitsausschuss der württembergischen Jugendwehr gegründet. Die Haller Jugendwehr stand unter dem Befehl des militärischen Bezirkskommandeurs Oberstleutnant Hirzel, jeden Mittwoch und Sonntagnachmittag sollten Übungen auf den Haller Weilerwiesen stattfinden<sup>18</sup>. Anfangs taten sich die Initiatoren der Jugendwehr in Hall etwas schwer, offenbar war die Beteiligung der Jugendlichen nicht zufriedenstellend. Dies sollte sich erst im Laufe des Jahres 1915 verbessern, sodass am 7. November 1915 eine erste große Manöverübung der Jugendwehr stattfinden konnte, bei der die Haller Gruppe gegen die Jugendwehr Backnang antrat<sup>19</sup>. Zusätzlich zu den Wehrübungen fanden sportliche Wettkämpfe der

16 Haller Tagblatt Nr. 188, 14. August 1915, S.5 und Nr. 126, 3. Juni 1915, S. 4.

17 Haller Tagblatt 126, 3. Juni 1915, S. 4.

18 Vgl. *Bauch* (wie Anm. 11), S. 27–29.

19 Vgl. Haller Tagblatt Nr. 262, 9. November 1915, S. 4.



Jugendwehren statt, mit denen die *turnerische Leistungsfähigkeit nach militärischen Gesichtspunkten* dargelegt werden sollte. Für den September 1916 sind Berichte über entsprechende Wettkämpfe auf den Haller Weilerwiesen überliefert: die Jungen maßen sich in Disziplinen aus den Bereichen Turnen und Leichtathletik. Neben zivile Sportarten wie Reck, Barren oder Hochsprung traten paramilitärische Wettbewerbe wie Hindernisläufe, *Robben-Strecken* und Handgranaten-Weitwurf<sup>20</sup>. Die Haller Jugendwehr war die komplette Kriegszeit bis zum Friedensschluss im November 1918 aktiv, danach löste sie sich wieder auf.

Die Versorgungslage bei zentralen Lebensmitteln und anderer Konsumartikel für Menschen in einer Kleinstadt wie Hall war im Wesentlichen durch den Vorrang militärischer Interessen und der auf Autarkie ausgerichtete Politik bestimmt. Für die Konsumenten verschlechterte sich die Versorgungslage im Kriegsverlauf immer weiter, sodass die große Masse der (städtischen) Bevölkerung von den massiven Auswirkungen einer Mangelwirtschaft getroffen wurde<sup>21</sup>.

Von der Brennstoffrationierung ab August 1914 und der Preisregulierung für Lebensmittel ab Dezember 1914 war schon die Rede. Ab Frühjahr 1915 wurde dieses Bewirtschaftungssystem weiter ausgebaut. Zu den Festpreisregelungen kam schrittweise ein System von Lebensmittelkarten hinzu. Im März 1915 wurden Brot- und Mehlkarten ausgegeben. Im März 1916 folgten Lebensmittelkarten für Butter, im April 1916 für Fleisch, im Mai 1916 für Grieß, Kartoffeln, Teigwaren und Zucker. Das betraf nicht nur den Konsum im privaten Haushalt, sondern auch Besuche in Gaststätten. Für den Besuch in Wirtshäusern musste man von nun an das Brot selbst oder zumindest Brotmarken mitbringen. Hinzu kam, dass die pro Kopf ausgegebenen Mengen stetig abnahmen. Lag die tägliche Pro-Kopf-Ration im Frühjahr 1916 noch bei 200 g Mehl, wurde die Menge im April 1917 auf 170 g und im Mai 1918 sogar auf 160 g Mehl abgesenkt.

Dazwischen lagen in Deutschland zwei Hungerwinter, deren Zentren sicherlich eher in den großen Industriezentren in Nord- und Westdeutschland lagen, deren Auswirkungen und Folgen aber auch in Hall spürbar waren. Der Hungerwinter 1916/17 ging auch als „Steckrübenwinter“ oder „Kohlrübenwinter“ in die Geschichtsbücher ein, er war durch Kälterekorde und einen drohenden Zusammenbruch der Lebensmittel- und Energieversorgung gekennzeichnet. Ländliche Regionen wie Nordwürttemberg waren sicherlich weniger hart getroffen als die großen Städte. In der Haller Presse schlug sich die verschärfte Situation vor allem in Meldungen über Brennstoffengpässe nieder. So beschloss der Haller Gemeinderat im Februar 1917, die Kohleabgabe auf einen Zentner pro Familie zu reduzieren, was einem Bruchteil dessen entsprach, was noch zu Kriegsbeginn gewährt worden war. Zusätzlich wurden auf zentrale Anordnung durch die württembergischen Militärstellen öffentliche Einrichtungen wie Kinos, Theater,

20 Vhl. Haller Tagblatt Nr. 225, 26. September 1916, S. 3.

21 Vgl. *Bauch* (wie Anm. 11), S. 30–35.



Konzertsäle, aber auch Schulen und der Haller Solbadbetrieb über viele Woche geschlossen. Anfangs war nur von einer Unterbrechung des Bäderbetriebs von zwei Wochen die Rede, in Wirklichkeit öffnete das Solbad erst wieder Mitte Juni.

Buttermenge pro Kopf	500 g	400 g	225 g	180 g
Zeitraum	April 1916	Oktober 1916	Dezember 1916	Juni 1917

*Abbildung 2: Entwicklung der monatlichen Buttermenge pro Kopf*

Abbildung 2 zeigt, wie dramatisch sich die Versorgungslage im ersten Hungerwinter auch in der Fettversorgung verschlechterte. Die monatliche Buttermenge sank innerhalb eines Jahres von 500 auf 180 g pro Person und damit auf unter 40 Prozent der Ausgangsmenge. Gleichzeitig stiegen die staatlichen Höchstpreise weiter an. Der offizielle Markt wurde vollständig über die Stadtgemeinde reguliert. Die Konsumenten konnten an Markttagen zwischen 9 und 10 Uhr in der Vorhalle des Rathauses anstehen, später wurden Kundenlisten eingeführt. Jeder Kunde musste sich eine Woche vorher schriftlich anmelden, ansonsten wurde er von der Ausgabe der Buttermengen ausgeschlossen<sup>22</sup>.

Trotzdem schlugen sich die Auswirkungen dieser Notsituation erst im zweiten Hungerwinter stärker in der Haller Öffentlichkeit nieder. Angesichts der Erfahrung mit stundenlangem Anstehen an Ausgabestellen für Lebensmittel, dem Gedränge an Verteilungsstellen und den dramatischen Kürzungen der Nahrungsmittelrationen, hielten die Bürger nun nicht mehr still und drängten die Behörden auf Abhilfe. Schwarz- und Tauschhandel hatten sich breitgemacht und schlugen vor allem auf die Stimmung der Stadtbewohner. Das Haller Tagblatt kommentierte die Versorgungslage als trostlos, als es in den Tagen nach Weihnachten 1917 zu offenem Aufruhr vor dem Rathaus kam. Wütende Haller Hausfrauen versammelten sich am 27. Dezember 1917 vor der städtischen Ausgabestelle und protestierten gegen die Butterknappheit. In der Folge wandten sich 200 Haller Hausfrauen mit einer Eingabe an den eigentlich zuständigen Kommunalverband und ein neu gegründeter Hausfrauenverein begann mit Versuchen, die Butterversorgung eigenständig besser zu koordinieren. Die Haller Butterproteste erregten zwar Aufmerksamkeit, trotzdem blieb die Versorgungslage katastrophal<sup>23</sup>. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass es im Frühjahr 1918 eher schlimmer wurde. Ein Leserbrief im Haller Tagblatt vom 14. Juni 1918 beschrieb die Situation folgendermaßen: [...] heute sind es 26 Tage, seit wir das letzte Mal Butter erhielten. Verteilungsfristen von 3–4 Wochen scheinen zur Regel zu werden und das zur gegenwärtigen Jahreszeit und in einem Bezirk, in dem, wie genau bekannt

<sup>22</sup> Vgl. *Bauch* (wie Anm. 11), S. 32.

<sup>23</sup> Vgl. *Müller* (wie Anm. 8), S. 283.

*ist, reichlich Butter erzeugt wird, so dass es ein Leichtes sein müsste, unsere Stadt ordnungsgemäß mit Butter zu versorgen. Aber ebenso bekannt ist leider auch, daß ein großer Teil der erzeugten Butter auf Schleichwegen da und dorthin wandert, statt ordnungsgemäß an die Sammelstellen abgeliefert zu werden. (...) Mögen die zuständigen Behörden endlich einmal geeignete Maßnahmen treffen, um den Schleichhandel auch in unserem Bezirk zu bekämpfen*<sup>24</sup>. Zur tatsächlichen Unterversorgung traten also auch Effekte der Fehlallokation. Das staatliche System der Lebensmittelverteilung erwies sich als äußerst ineffizient. Der Alltag der Haller Bürger war im Kriegsverlauf also zunehmend von Mangel- und Noterfahrungen geprägt. Nicht einmal die grundlegende Versorgung mit Lebensmitteln und Brennstoffen war sichergestellt, sodass 1917/18 in den Wintermonaten auch ein großer Teil des öffentlichen Lebens zum Stillstand kam.

#### 4. Unternehmer und Unternehmen

Fragt man nach Unternehmern und Unternehmen in einer Provinzstadt im ländlichen Württemberg Ende des Kaiserreichs, dann muss man sicherlich zwischen Stadt und Land unterscheiden. Der städtische Raum ist mit dem Aufstieg von Industrie- und Handelsunternehmen in unserem modernen Sinne verbunden, während für den Haller Raum sicherlich Landwirte und ihre landwirtschaftlichen Unternehmen mindestens von gleicher Wichtigkeit waren. Eine systematische Erhebung hierzu gibt es bislang nicht, sodass sich die vorliegende Darstellung mit einigen, beispielhaften Schlaglichtern begnügen muss<sup>25</sup>. Zum einen ermöglicht die vorliegende Unternehmensgeschichte zu einem der großen Haller Fabrikbetriebe, der Grossag<sup>26</sup>, einen Blick auf Industrieunternehmen, zum anderen werden zentrale Rahmenbedingungen genannt, unter denen bäuerliche Betriebe gerade auch im Haller und Hohenloher Land wirtschaften mussten.

Die spätere „Eisengießerei, Bügeleisen- und Beschlägfabrik Friedrich Gross jr.“ (Grossag) war eine typische Neugründung im Industrialisierungsprozess, sie war infolge der Einführung der vollen Gewerbefreiheit (1862) entstanden. Der Unternehmensgründer Friedrich Gross jr. (1838–1896) war Sohn eines Schlossers und Eisenwarenhändlers sowie Mitglied einer alten Haller Familie. Die Herkunft aus einer wohlhabenden Handwerkerfamilie ermöglichte ihm die Gründung einer eigenen „Beschlägfabrik“, die Schritt um Schritt den Weg in Richtung industrielle Fabrikfertigung ging. Als zentrales Erfolgsprodukt erwiesen sich bald die Herstellung und der Vertrieb von Kohle-, später gasbetriebener Bügeleisen. Die Produktionsfabrik hierfür wurde in den 1870er Jahren in der

24 Haller Tagblatt, 14.6.1918.

25 Vgl. Kuno *Ulshöfer*: Schwäbisch Hall und die Industrialisierung im 19. Jahrhundert. In: WFr 62 (1978), S. 486–511.

26 Vgl. Sabine *Ehrhardt*, Armin *Panter* (Hg.): Grossag: Qualität in jedem Gerät. Ein Haller Industriebetrieb seit 1863. Schwäbisch Hall 1997.

Haller Blendstadt errichtet und um die Jahrhundertwende um eine eigene Eisen gießerei auf einem Grundstück vor der Stadt ergänzt (heute Auwiese). Der Sohn des Gründers mit gleichem Namen Friedrich Gross jr. (1869–1942) hatte die Geschäfte des Vaters weiter ausgebaut und den erfolgreichen Export der eigenen Bügeleisen in alle Welt vorangebracht. Neben den europäischen Märkten war die Grossag auch in Afrika und Südamerika präsent.

Zum Kriegsausbruch beschäftigte die Grossag rund 200 Mitarbeiter in den beiden Haller Werken. Unmittelbar mit der Mobilmachung und dem Beginn der Kriegshandlungen ging es der Grossag ähnlich wie den meisten anderen Betrieben. Ein Großteil der Arbeiter und Angestellten wurde zum Militärdienst eingezogen und die Nachfrage im In- und Ausland brach kurzfristig zusammen. Chickering hat auf das kurze Phänomen der Arbeitslosigkeit in den ersten Kriegswochen verwiesen und als „Preis für einen kurzen Krieg“ bezeichnet: „Doch als der Krieg nicht, wie erhofft, im Herbst 1914 endete, veränderte sich die Dynamik von Produktion, Verbrauch und Beschäftigung erneut. Eine große Nachfragerwelle setzte ein, die üblicherweise auch als ‚Kriegsstoß‘ beschrieben wird. Die Arbeitslosigkeit begann zu schwinden. Der Grund war einfach: das deutsche Heer konnte nicht mehr von den Vorräten leben, die es in Friedenszeiten angehäuft hatte. Sein riesiger Güterbedarf belebte von jetzt an die örtliche Wirtschaft, bevor er später ihren Produktionskapazitäten erdrückende Belastungen aussetzte.“<sup>27</sup>

Durch die außenwirtschaftliche Isolierung fielen für die komplette Kriegszeit vor allem die Exportmärkte für das Unternehmen Grossag weg<sup>28</sup>. Auf dem Binnenmarkt hingegen passte sich die Grossag schrittweise an die neue Nachfrage nach Militärgütern, das damit verbundene System der Rohstoffkontingentierung und der staatlichen Steuerung an. Die Bügeleisenproduktion wurde stark verringert, aber in den gesamten Kriegsjahren nie ganz eingestellt. Für den deutschen Markt war der Vertrieb dieser rohstoffintensiven Produkte ab 1915 verboten, nur für das befreundete oder neutrale Ausland konnten noch Bügeleisen gefertigt werden. Ab Frühjahr 1915 wurde die Produktion zunächst auf Beschläge für Unterstände und Militärbaracken sowie Minendielen umgestellt, im nächsten Schritt wurden Rohlinge für Eierhandgranaten und Nebenbüchsen für Heeresfahrzeuge hergestellt. Eine nach Einführung des staatlichen Hindenburgprogramms 1916 möglich gewordene Stilllegung des Betriebs wurde auf diese Weise vermieden. In der Belegschaft ist parallel ein zeittypischer Wandel zu beobachten. An die Stelle männlicher Facharbeiter traten schrittweise Frauen und ungelernte Kräfte, um die Produktion aufrecht zu erhalten.

27 Chickering (wie Anm. 5), S. 117.

28 Vgl. Sabine Ehrhardt: Von der Dampfkraft zum „elektrischen Säkulum“. Die Geschichte der Grossag. In: Sabine Ehrhardt, Armin Panter (Hg.): Grossag: Qualität in jedem Gerät. Ein Haller Industriebetrieb seit 1863. Schwäbisch Hall 1997, S. 12–45, hier S. 25 f.

Für die Leitungs- und Eigentümerstruktur ergaben sich in den beiden letzten Kriegsjahren Veränderungen. Die Rahmenbedingungen hatten sich soweit verändert, dass Friedrich Gross sich gezwungen sah, neues Kapital zu beschaffen. Dies wurde im April 1917 durch eine Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft vorbereitet. Als zusätzliche Aktionäre wurden Persönlichkeiten aus Stuttgart aufgenommen: dazu gehörten mehrere Bankiers, Kaufmänner und Ingenieure. Möglicherweise stand die Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft auch im Zusammenhang mit dem Wunsch des Unternehmers, sich persönlich aus der operativen Leitung zurückzuziehen oder diese Verantwortung zumindest zu teilen. Für die Kriegsjahre und ersten Jahre der Weimarer Republik sind mehrfach Versuche von Friedrich Gross dokumentiert, das Amt des Vorstandsvorsitzenden abzugeben. Dazu kam es aber nicht, Gross übte die Unternehmensleitung bis 1936 aus. Für die „Friedrich Gross jr. AG“ entwickelten sich die Geschäfte als Rüstungsbetrieb sehr positiv. 1917/18 konnte hohe Dividendenzahlungen und außerordentliche Gewinnausschüttungen geleistet werden. Insgesamt wurde damit eine sehr typische Unternehmensentwicklung im Ersten Weltkrieg beschrieben. Schäfer hat auf Basis seiner Untersuchungen zur badi-schen Wirtschaft ein entsprechendes Fünf-Phasen-Modell aufgestellt<sup>29</sup>, das sehr gut auf die Ereignisse der Grossag übertragbar ist. In der kurzen ersten Phase des Kriegsbeginns 1914 bestimmten Umsatzeinbrüche und Arbeitskräftemangel die Unternehmen. In der zweiten Phase 1915/16 stellten sich die Unternehmen auf die neue Nachfragesituation ein und stellten ihre Produktion auf Rüstungsaufträge um. Die Verabschiedung des Hindenburgprogramms und des Hilfsdienstgesetzes in der zweiten Jahreshälfte 1916 markierten den Übergang zur dritten Phase, in der die staatliche Wirtschaftssteuerung und die damit einhergehende Einschränkung der Handlungsfreiheiten und Verfügungsrechte von Unternehmen und Arbeitnehmern weiter voranschritt. In der letzten, der fünften Phase (1918) begannen viele Unternehmen, sich schon wieder auf die Friedensproduktion und damit freiere Märkte umzustellen. Gleichzeitig konnten viele Unternehmen die Kriegswirtschaft für die Generierung hoher Gewinne nutzen. Für Stadt und Oberamt Hall waren aber nicht Industriebetriebe, sondern handwerkliches Gewerbe und eine große Zahl an landwirtschaftlichen Betrieben typisch. Insofern können die Bauern sicherlich aus guten Gründen als wichtigste gesellschaftliche wie ökonomische Unternehmergruppe der Region bezeichnet werden. Diese Bedeutung spiegelte sich auch politischer Ebene wider. Mehrheitspartei des Oberamts war sowohl im Kaiserreich als auch bei allen Wahlen der Weimarer Republik der „Bund der Landwirte“ (BdL, später Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund).<sup>30</sup> Politisch war der BdL eine Mischung aus

29 Vgl. Hermann Schäfer: Regionale Wirtschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Staat, Industrie und Verbände während des Ersten Weltkriegs in Baden. Stuttgart 1983, S. 359–371.

30 Vgl. Armin Müller: Zwischen Tugend und Gewalt. Die Haller Rechtsparteien in den Anfangsjahren der Weimarer Republik bis 1924/25, in: WFr 77 (1993), S. 445–473, hier S. 469–472.

agrarischer Interessensvertretung und politischer Partei. Er gehörte in den Parlamenten zur Fraktion der Konservativen beziehungsweise Deutschnationalen. Seine politische Ausrichtung vermischte Agrarlobbyismus, Konservatismus und offenen Antisemitismus. Der BdL stellte über alle Jahrzehnte hinweg die Haller Abgeordneten für Landtag und Reichstag, dieses Mandat wurde von 1900 bis 1918 im Landtag und von 1903 bis 1930 im Reichstag vom Landwirt Wilhelm Vogt (1854–1938) ausgeübt.

Europa musste seinen Krieg noch zu einem erheblichen Teil über sein Verhältnis zur agrarischen Teilgesellschaft definieren. Dazu gehörten alle Fragen der Lebensmittelversorgung, die weiter oben schon unter dem Blickwinkel der Konsumenten und städtischen Haushalte thematisiert wurden, aber auch die in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen. Noch war die Landwirtschaft weitgehend auf die Muskelkraft von Mensch und Tieren angewiesen, traditionelle Anbaumethoden dominierten, der Einsatz von modernen Maschinen war weitgehend Zukunftsmusik und die bäuerlichen Betriebe waren zum erheblichen Teil auf regionale Märkte, Selbstvermarktung und Selbstversorgung ausgerichtet. Für die Kriegsjahre spielte von Anfang an das Verhältnis der Stadt zu seinem agrarischen Umland eine zentrale Rolle: das städtische System der Fremdversorgung mit Lebensmitteln stand der ländlichen Selbstversorgungswirtschaft gegenüber. Zu Kriegsausbruch Anfang August 1914 hatte noch ein Großteil der Ernte eingebracht werden können, bevor die Bauernsöhne an die Fronten eingezogen wurden. Manche erklären deswegen die zeitliche Diskrepanz zwischen dem Attentat von Sarajevo am 28. Juni und den Kriegserklärungen in den ersten Augusttagen damit, dass die Reservisten noch auf den Feldern der kriegsführenden Mächte gebraucht worden waren<sup>31</sup>.

Viele Bauernfamilien vermissten ihre Söhne sehr schnell aus rein ökonomischen Gründen. Der BdL gab dieser Kritik schon im August eine Stimme und appellierte an die Politik, den Arbeitskräftemangel ernst zu nehmen und an den bevorstehenden Winter 1914/15 zu denken. Mit Arbeitskräften waren aus dieser Sicht immer Mensch und Tier gemeint, so verwies der Haller BdL auf das Fehlen von Zugpferden, die möglichst schnell durch Zugochsen oder durch überschüssige Beutepferde ersetzt werden sollten.

Wir dürfen nicht vergessen, dass der Erste Weltkrieg noch unter erheblichen Einsatz von Pferden geführt wurde. Die europäische Gesellschaft befand sich noch mitten im „Pferdezeitalter“ (Reinhard Koselleck<sup>32</sup>), das erst nach dem Zweiten Weltkrieg infolge der Massenmotorisierung von Verkehr, Landwirtschaft und Militär endete. Das Thema Nutzpferde betraf sowohl die Landwirtschaft als auch das Militär, um ihren Einsatz wurde hart gerungen<sup>33</sup>. In den Armeen des

31 Vgl. Müller (wie Anm. 8), hier S. 277.

32 Vgl. Reinhart Koselleck: Das Ende des Pferdezeitalters, in: Süddeutsche Zeitung vom 25.9.2003, S. 18.

33 Vgl. Isabel Stettin: Wie Front-Hund Stubby zum Helden wurde. Tiere im Ersten Weltkrieg. In:

Ersten Weltkriegs waren Millionen von Pferden im Einsatz. Gesamtzahlen findet man leider nicht, aber auf Alliierten-Seite wurden insgesamt 8 Millionen tote Pferde und Maultiere gezählt und für die deutsche Seite ist die Zahl von 1,25 Millionen verwundeter Pferde überliefert, die in eigenständigen Pferdelazaretten behandelt wurden. Dieser Blutzoll musste direkt und indirekt von der bäuerlichen Landwirtschaft getragen werden, es waren ihre Pferde, die für das Vaterland an und hinter der Front zum Einsatz kamen.

Die Versorgungslage spitzte sich im weiteren Verlauf des Kriegs zu, sodass der Druck auf die Landwirte wuchs. Sie standen immer unter Verdacht, Lebensmittel zurückzuhalten und nicht in das staatlich kontrollierte Bewirtschaftungssystem abzuliefern. Regelmäßig finden sich in der Haller Presse entsprechende Appelle von staatlichen Stellen, aber auch der Kirche, an die Bauern, ihre Erzeugnisse komplett abzuliefern. Gerade infolge des Hungerwinters 1916/17 wurde die Landwirtschaft verstärkt angegangen, ihre traditionellen Anbaumethoden durch moderne Methoden des Anbaus, z. B. mit Hilfe hochgezüchtetem Saatgut, zu ersetzen.

### **5. Arbeiter und Angestellte: die neue Rollen der Frauen**

Mit den gewerblichen und industriellen Betrieben traten zunehmend auch Arbeiter und Angestellte in ihren neuen Rollen auf. Für Hall gibt es hierzu keine gesonderte sozialgeschichtliche Untersuchung, sodass an dieser Stelle nur der Versuch gemacht wird, deren lokale Situation aus den allgemein überlieferten Entwicklungen abzuleiten und dies punktuell mit Haller Entwicklungen und Quellen zu unterlegen.

Im vorangegangenen Abschnitt zu den Unternehmen und zur Haller Grossag wurden die ersten Kriegswochen als kurze Phase der Arbeitslosigkeit und des Produktionsrückgangs charakterisiert. Danach folgte eine, durch das Militär ausgelöste Phase steigender Nachfrage, was wiederum einen anhaltenden Arbeitskräftemangel in Industrie und Landwirtschaft auslöste. Wie für die Grossag beschrieben, hatte dies Auswirkungen auf die Geschlechterrollen im Wirtschaftsprozess. Während ihre Männer an der Front standen, mussten sich die Frauen nicht nur um Haushalt und Kinder kümmern, sondern wuchsen in der Ausnahmesituation des Krieges auch in neue Rollen im Wirtschaftsprozess hinein. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen in der Industriearbeiterschaft wuchs zwischen 1914 und 1918 um rund 50 Prozent an<sup>34</sup>.

Diese neuen Geschlechterrollen standen in Abhängigkeit ihres finanziellen und sozialen Status. Während vermögende und sozial abgesicherte Frauen vor allem

Süddeutsche Zeitung vom 20.4.2014.; Rainer *Pöppinghege*: Tiere im Krieg. Von der Antike bis zur Gegenwart. Paderborn 2009.

34 Vgl. *Kocka* (wie Anm. 1), S. 27.

ehrenamtliche Hilfsarbeiten übernahmen und damit ihren Beitrag an der „Heimatfront“ leisteten, waren Frauen aus ärmeren Verhältnissen gezwungen, selbst erwerbstätig zu werden, um sich und ihre Familie weiter versorgen zu können. Bestes Beispiel für die neue Rolle der vermögenden, bürgerlichen Frauen war der Haller Frauenverein. Dieser war schon vor dem Krieg im April 1914 gegründet worden. Gründerin und erste Vorsitzende war Sophie Merz, Ehefrau und später Witwe eines Professors. Der Frauenverein engagierte sich stark beim Thema „Liebesgaben“, er organisierte Kurse zur wirtschaftlichen Haushaltsführung, Koch- und Strickkurse, aber war auch in der politischen Bildung und als Stimme für mehr politische Rechte der Frauen engagiert.

Schon zu Kriegsbeginn regte der Frauenverein die Einrichtung eines kommunalen Kinderhorts an, damit Frauen, die nun einer Erwerbstätigkeit nachgehen mussten, Unterstützung fanden und ihre Kinder während der Arbeit in die Obhut dieser Einrichtung geben konnten. Dieser Vorschlag wurde in Hall aufgegriffen, sodass schon am 26. August 1914 der Kinderhort eröffnet werden konnte<sup>35</sup>. Untergebracht war er in Räumen der Keckenburg in der Haller Altstadt. Er war täglich von 7.00 bis 20.00 Uhr geöffnet, was den langen Arbeitszeiten in Industrie und Gewerbe entsprach, und seine Kapazitäten waren für rund 100 Kinder ausgerichtet. Betreut wurden Kinder vom Kleinkindalter (9 Monate) aufwärts bis zum 14. Lebensjahr. Betrieben wurde der Kinderhort von ehrenamtlichem Personal, überliefert ist die Zahl von 19 Helferinnen in der Haller Einrichtung. Der Haller Kinderhort belegt indirekt den großen Bedarf nach solchen Dienstleistungen schon ab Kriegsbeginn. Offenbar waren viele Haller Frauen dazu gezwungen, zusätzlich Geld zu verdienen und dafür eine Beschäftigung in Handel oder Gewerbebetrieben aufzunehmen. Am Beispiel der Grossag konnte dieser Strukturwandel der Belegschaft nachgezeichnet werden, als im Laufe der Kriegsjahre immer mehr Facharbeiter vom Militär eingezogen wurden und im Unternehmen von ungelerten Kräften, oft Frauen ersetzt wurden. Dieser Strukturwandel war zum einen von finanziell-wirtschaftlichen Zwängen, zum anderen aber von staatlichem Druck und gesetzlichen Maßnahmen herbeigeführt worden.

Der staatliche Druck auf die Arbeitnehmer stieg vor allem in der zweiten Kriegshälfte stark an. Mit Verabschiedung des Hilfsdienstgesetz Ende 1916 verordnete die deutsche Militäradministration einen faktischen Arbeitszwang für alle kriegsdienstfähigen Männer zwischen dem 16. und dem 60. Lebensjahr. Es folgte damit auch der überlieferten Maßgabe Paul von Hindenburgs: *Wer nicht arbeitet, sollte auch nicht essen*<sup>36</sup>. Erkauft wurde der Arbeitszwang mit Zugeständnissen an die Gewerkschaften und die offizielle Anerkennung von Betriebsräten

35 Vgl. Haller Tagblatt 198, 26. August 1914, S. 4.

36 Zitiert nach Wolfgang Kruse: Kriegswirtschaft und Kriegsgesellschaft, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/ersterweltkrieg/155311/kriegswirtschaft-und-kriegsgesellschaft>, erstellt am 06.05.2013, aufgerufen am 15.06.2014.



in den Betrieben. Dies verhinderte aber nicht die Radikalisierung eines Teils der Arbeiterschaft und die daraus erfolgte Gründung der USPD als Partei der linken Kriegsgegner im April 1917. Für Hall hatte dies aber wenige Auswirkungen, Arbeiterproteste oder Streiks sind in den Quellen für die Kriegszeit nicht dokumentiert. Die revolutionäre Stimmung breitete sich bei Arbeitern außerhalb der industriellen Zentren kaum aus. Bei den ersten freien Wahlen der Weimarer Republik drückte sich dies in einer sehr geringen Stimmenzahl für Parteien links der SPD aus. Die USPD erreichte im Januar 1919 im Stadtgebiet wie im Oberamt Hall kaum 1 Prozent der Stimmen. Eine erste USPD-Ortsgruppe gründete sich erst im August 1919<sup>37</sup>.

## 6. Stadt und Staat

Im Zusammenhang der bislang analysierten Akteursgruppen sollte deutlich geworden sein, dass staatliche Akteure in der Kriegssituation einen wesentlichen Bedeutungszuwachs erfuhren. Schon die Wirtschaftsordnung des Kaiserreichs war keineswegs eine rein liberale Marktwirtschaft, in der der Staat nur als „Schiedsrichter“ im Wirtschaftsgeschehen auftaucht und sich ansonsten ein freies Spiel der Marktkräfte entfaltet. Vielmehr kannte das Kaiserreich ein marktwirtschaftliches System mit stark korporativen Zügen<sup>38</sup>. In früheren Jahrzehnten wurde hierfür auch der Begriff des „Organisierten Kapitalismus“ benutzt. An dieser Stelle reicht es festzuhalten, dass der Staat auch bis 1914 aktiv ins Wirtschaftsgeschehen eingegriffen hatte. Mit Ausbruch des Krieges veränderte sich diese Rolle aber noch einmal grundlegend. In der Kriegswirtschaft nahmen staatliche Akteure auf verschiedenen Ebenen Schlüsselpositionen ein. Für die uns interessante kommunale Ebene übernahmen staatliche Organisationen und Institutionen mehrere zentrale Aufgaben:

- 1) Sicherstellung der lokalen Versorgungsströme (Lebensmittel, Brennstoffe),
- 2) Rohstoffversorgung für die Kriegswirtschaft,
- 3) Kriegsfinanzierung: Zeichnung von Kriegsanleihen,
- 4) Lokale Währungsstabilisierung durch Ausgabe von Notgeld.

Diese vier Aufgabenfelder sollen im Folgenden an Haller Beispielen erläutert und weiter ausgeführt werden.

37 Vgl. Armin Müller: Zwischen Wahlkampf und Politik. Haller Parteien der Linken und der bürgerlichen Mitte in den Anfangsjahren der Weimarer Republik bis 1924/25. In: WFr 78 (1994), S. 483–511, hier S. 506.

38 Vgl. Wischermann, Nieberding (wie Anm. 9).

### *Sicherstellung der lokalen Versorgungsströme*

Das Thema Sicherstellung der lokalen Versorgungsströme wurde schon ausführlich aus Perspektive der Konsumenten und privaten Haushalte berichtet. Die Brennstoff- und Lebensmittelversorgung war ab 1914 einer immer weiter reichende staatlichen Regulierung unterworfen. Es wurden staatliche Höchstpreise verabschiedet und Rationierungen festgelegt. Operativ lagen diese Aufgaben in den Händen der Kommunen. Mit Einführung der Lebensmittelkarten im Frühjahr 1915 begann in Hall eine städtische *Kommission zur Beschaffung von Kartoffeln und Fischen* ihre Arbeit, um die Produkte zentral und koordiniert einzukaufen. Diese Nahrungsmittelkommission entwickelte sich Schritt um Schritt um einer der zentralen städtischen Institutionen, deren Kompetenzen und Aufgabengebiete zunehmend ausgeweitet wurden. Über die Ineffizienz dieser Versorgungsstrukturen wurde schon berichtet.

### *Rohstoffversorgung als Kooperation von Staat und Wirtschaft*

Genauso wichtig für die deutsche Kriegswirtschaft war die Sicherstellung der Rohstoffversorgung. Da das Land von wichtigen Importquellen abgeschottet war, mussten möglichst viele inländische Rohstoffquellen aufgetan werden. Vor allem für die kriegswichtigen Metalle wurde ab 1915 ein kooperatives System von privatwirtschaftlicher Schwerindustrie und staatlichen Stellen eingerichtet, das Metallbestände im Inland der industriellen Verwertung zuführen sollte. Dieses System wurde als frühe Form einer Public-Private-Partnership in Deutschland beschrieben<sup>39</sup>.

Wie andere Kommunen auch richtete Hall 1915 Sammelstellen für Metallabfälle ein und setzte die verordnete Beschlagnahme aller Vorräte an Kupfer, Nickel, Zinn, Aluminium und Antimon um. Die Metalle wurden dann beispielsweise an die Metall-Mobilmachungsstelle/Kriegs-Metall AG weitergeleitet, eine der beschriebenen Public-Private-Partnership-Gesellschaften.

Der Bedarf des Militärs stieg im materialintensiven Krieg weiter an, sodass die staatlichen Stellen ihre Zugriffe im weiteren Verlauf weiter ausdehnen mussten. Besonders prägnant im Bereich der Rohstoffversorgung waren hier die hartnäckigen Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche um die Beschlagnahme von Kirchenbesitz, vor allem von Kirchenglocken. Die Auseinandersetzungen begannen im Januar 1917, als die Zinnorgelpfeifen der Haller Nikolaikapelle beschlagnahmt wurden. Andere Glocken wurden in dieser Phase offenbar auf Grund ihres hohen kulturellen und künstlerischen Wertes zurückgestellt. Überlieferte Dokumente belegen, wie hartnäckig beide Seiten, Staat und

39 Vgl. Stefanie van de Kerkhof: Public-Private Partnership im Ersten Weltkrieg? Kriegsgesellschaften in der schwerindustriellen Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches. In: Hartmut Berghoff (Hg.): *Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs*. München 2010, S. 106–132.

Kirchengemeinden, die Auseinandersetzung führten. Schlussendlich wurden alle sechs Glocken der Großcomburg mit einem Gesamtgewicht von 4,375 Tonnen gerettet, während Glocken aus Tullau, Ilshofen, Michelfeld, Reinsberg, Cröffelbach, Westheim, Enslingen und Geislingen abgeliefert und damit der Metallverwertung zugeführt wurden<sup>40</sup>.

### *Kriegsfinanzierung: Zeichnung von Kriegsanleihen*

Beim Thema Kriegsfinanzierung spielte die kommunale Ebene in zwei Bereichen eine zentrale Rolle: zum einen bei der Platzierung der Kriegsanleihen, zum anderen bei der Ausgabe von eigenem Notgeld. Beide Themen hatten gravierende Folgen über das Kriegsende hinaus. Das Währungs- und Finanzsystem des Deutschen Reiches war auf Grund der schuldenfinanzierten Kriegskosten und den Kosten der Kriegsfolgen strukturell destabilisiert, was die junge Republik in ihren Gründungsjahren stark belastete<sup>41</sup>.

Zwischen 1914 und 1918 wurden insgesamt neun Kriegsanleihen ausgegeben. Die Bürger wurden dazu aufgerufen, die steigenden Kriegslasten mit ihrem Privatvermögen abzusichern. Die hierfür notwendigen Strukturen wurden auf kommunaler Ebene, in der Verantwortung der Oberämter, aufgebaut. Von Anleihe zu Anleihe erreichten die Verantwortlichen einen höheren Grad an Professionalität. In jeder Gemeinde waren Vertrauensleute eingesetzt, die Anleihen konnten bei allen Banken und Sparkassen gezeichnet werden, umfangreiches Werbematerial wurde entwickelt und ausgegeben. Die Oberämter sammelten Erfahrungsberichte, wie die Menschen am besten angesprochen werden konnten. Überdurchschnittliche Erfolge erreichten die Haller Werber über die Direktansprache einer „Haus-zu-Haus-Werbung“. Rückschläge wurden im Herbst 1917 notiert, als die Bürger ihren Unmut mit der Mangelwirtschaft offen äußerten und offenbar weniger Bereitschaft zeigten, ihr Vermögen in die Kriegsunterstützung zu investieren.

Ein weiteres Phänomen des Ersten Weltkriegs war die Ausgabe von kommunalem Notgeld, das einen erheblichen Umfang annahm. Im ganzen Deutschen Reich kam während des Krieges Notgeld im Wert von rund 23 Mrd. Mark in Umlauf. Offenbar gab es einen stetig steigenden Bedarf an Kleingeld, der nicht mehr über das vorhandene Münzgeld gedeckt werden konnte. Die Ursachen für diese Maßnahmen lagen sicherlich in mehreren Bereichen. Dass die Bürger Silbermünzen zur Geldanlage nutzten, ist sicherlich nur ein Nebenargument, offensichtlich begannen aber viele Bürger und Unternehmen auch damit, anderes Kleingeld als Wertanlage zu horten. Hinzu kam ein hoher Metallbedarf in der Kriegsindustrie und die staatlichen Festpreise, die oft in Pfennigpreisen ausge-

40 Vgl. Müller (wie Anm. 8), S. 280 f. und 284.

41 Vgl. Heike Knorz: Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik. Göttingen 2010, S. 35 f.

zeichnet wurden, wodurch der Münzbedarf insgesamt anstieg. In dieser Lage fruchteten einfache Appelle an die Bürger, ihr Münzgeld in Umlauf zu halten, nicht mehr, sodass die städtischen Behörden sich zum Handeln gezwungen sahen.

Die ersten Haller Notmünzen wurden ab Mai 1917 ausgegeben, sie waren aus Rohzink gefertigt und hatten eine achteckige Form. Es wurden Münzen im Nennwert von 5, 10 und 50 Pfennigen geprägt, insgesamt 29.000 Stück. Auf Grund der Verwechslungsgefahr der 50- und der 10-Pfennig-Stücke wurden die 50-Pfennig-Münzen wieder eingezogen und ersetzt. Insgesamt konnte damit aber den Bedarf nach Kleingeld nur kurzfristig gedeckt werden. Im September 1917 stand die Gemeinde wieder vor dem gleichen Problem und beschloss, weitere 30.000 Münzen in Umlauf zu bringen. Das Thema beherrschte die kommunale Wirtschaft bis 1919, die Stadt Hall musste mehrfach neues Notgeld in Umlauf bringen. Mit insgesamt 13 verschiedenen Kleingeldmünzen brachte Hall so viele Münzen in Umlauf wie keine andere Stadt Württembergs<sup>42</sup>.

## 7. Medien und Märkte

Für eine vollständige Geschichte von Wirtschaft und Alltag einer Stadt sind die Themen Medien und Märkte sicherlich unverzichtbar. Das moderne marktwirtschaftliche System funktionierte nur über das hohe Gute der Pressefreiheit und den damit entstehenden, leistungsfähigen Informationsmedien, die den freien Austausch von Nachrichten sicherstellten und die als Träger von Werbung und Marktkommunikation der Unternehmen in Richtung Kunden und Konsumenten dienten.

Leider liegt für die Haller Wirtschaft in dieser Zeit keine Studie oder Analyse vor, die sich beispielsweise mit Anzeigen und Wirtschaftsmeldungen in der Tagespresse oder mit Werbemedien und Werbestrategien Haller Unternehmen beschäftigt. Bei den eigenen Quellenstudien Anfang der 1990er Jahre spielte dieses Thema leider auch keine Rolle, sodass hierfür nur ein paar wenige Rahmendaten und Informationen genannt werden können.

Die stagnierende Wirtschaft der Stadt Hall ging in der Zeit des Kaiserreichs einher mit einer rückläufigen Pressesituation. Seit 1903 war das Haller Tagblatt die einzige verbliebene Tageszeitung der Region. Zum Kriegsausbruch lag ihre tägliche Auflage bei rund 5.300 Exemplaren. Stellt man dieser Auflage die Bevölkerungszahl des Oberamts gegenüber, dann hatte das Haller Tagblatt sicherlich eine sehr hohe Abdeckung. Man kann davon ausgehen, dass jeder Haushalt Zugriff auf die lokale Zeitung hatte. Für das Haller Tagblatt ging der Krieg mit gegenläufigen Entwicklungen einher. Zum einen stieg der Bedarf an Informatio-

42 Vgl. Ralf *Martius*: Notgeld und Notzeiten in Schwäbisch Hall 1914–1925. Begleitheft zur Ausstellung im Hällisch-Fränkischen Museum. Schwäbisch Hall 1994.

nen und aktuellen Nachrichten stetig an, was sich auch in steigenden Auflagenzahlen für die Zeitungen niederschlug. Trotz Mangel an Papier und Farbe, trotz Problemen mit Ersatzteilen für Maschinen und trotz steigender Kosten für Personal und Papier konnte der Verlag zu Kriegsende einen Aufwuchs um fast 19 Prozent auf 6.300 Exemplare pro Tag verzeichnen.

Zum anderen musste die Zeitung mit Zensur, gelenkter Berichterstattung und Einschränkung der Pressefreiheit umgehen. Schon in den Ausgaben der ersten Kriegstage 1914 wurden die entsprechenden Beschlüsse der staatlichen Zensurbehörden veröffentlicht. Insbesondere die Berichterstattung zu überregionalen Ereignissen wurde stark vom Militär und seinen Pressestellen gelenkt. Nicht umsonst gilt der Erste Weltkrieg als Geburtsstunde der modernen Propaganda und professioneller, staatlich gelenkter Öffentlichkeitsarbeit<sup>43</sup>. Dies hat auch weitreichende Auswirkungen auf unsere heutige Wahrnehmung dieses Krieges, insbesondere des uns zur Verfügung stehenden Bildmaterials zum Ersten Weltkrieg. Wenigen ist bewusst, dass der größte Teil des Bild- und Filmmaterials keine Originalaufnahmen sind, sondern Produkte der militärischen Öffentlichkeitsarbeit oder aus Spielfilmmaterial der Kriegs- und Nachkriegszeit entnommen sind. Medienhistoriker gehen davon aus, dass nur etwa 12–20 Prozent der Bilder Originalmaterial sind<sup>44</sup>.

Im Haller Tagblatt kam in den Kriegsjahren durchgängig eine patriotische, kriegsbefürwortende Grundstimmung zum Ausdruck. Für die letzten beiden Kriegsjahre bedeutete dies auch, dass der radikalen Rechten und deren Forderungen nach einem Sieg- und Rachefrieden sehr viel Platz eingeräumt wurde. Führende Vertreter der Haller Konservativen und die Politiker des BdL unterstützten den neu gegründeten Ortsverein der „Vaterlandspartei“, die auf der politischen Rechten die verschiedenen nationalen und völkischen Kräfte bündelte. Andererseits kommen auch erstmals kriegskritische Stimmen zu Wort. Erstmals konnte man im Januar 1917 einen Bericht über den Vortrag des SPD-Reichstagsabgeordneten Keil lesen, der sich mit den „Ursachen und Wirkungen des grauenvollen Blutvergießens“ beschäftigte und sich gegen jede Form von Eroberungspolitik aussprach<sup>45</sup>.

## 8. Schluss: Antworten an die Wirtschaftsgeschichte

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Situation Halls und ihrer Bürger typisch war für eine Provinzstadt in der Zeit des Ersten Weltkriegs. Die Darstellung begann mit der Analyse der Veränderungen für Haushalte und Konsumenten-

43 Vgl. Frank Bösch: Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen. Frankfurt/M. 2011, S. 152–157.

44 Vgl. Rüdiger Suchsland: Erster Weltkrieg – fast alle Bilder sind falsch. In: Die Welt, 10.11.2008.

45 Vgl. Müller (wie Anm. 8), S. 280.

ten. Die hereinbrechende Mangelwirtschaft führte zu einer immer stärker voranschreitenden Regulierung von Preisen und Ausgabemengen, unter der vor allem die Stadtbevölkerung litt. Dies beförderte Schwarzmarkt-Strukturen, Hunger und Not wurden zur fast alltäglichen Erfahrung der Menschen. Die Notlage gipfelte in den Wintern 1916/17 und 1917/18 und verschaffte sich in Hall zuletzt in den beschriebenen „Butterprotesten“ Luft.

Die Akteursgruppe der Unternehmer und Unternehmen wurde zum einen am Beispiel des Haller Industriebetriebs Grossag und zum anderen an der Situation der Landwirte im Haller Umland analysiert. Die Grossag steht für ein typisches mittelständisches Unternehmen, das im Kaiserreich mit seiner Bügeleisenproduktion nationale und internationale Märkte erschlossen hatte. Der Kriegsausbruch, die damit wegfallenden Exportmärkte und die prekäre Versorgung mit fachlich qualifizierten Arbeitsplätzen zwangen das Unternehmen, sich den neuen Rahmenbedingungen anzupassen und die eigenen Geschäfte an denen vom Militär ausgehenden Anreizsystemen zu orientieren. In den Fabriken rückten vor allem ungelernete Frauen an die Stelle der eingezogenen Facharbeiter und an Stelle von ziviler Produktion nahm das Unternehmen Aufträge der Heeresführung an. Im Allgemeinen verdienten damit die Unternehmen nicht schlecht, sie gaben aber bis zu einem gewissen Grad ihre unternehmerischen Verfügungsrechte ab. Ihre Handlungsfreiheiten wurden durch ein klares staatliches Anreizsystem in Richtung Rüstungswirtschaft gelenkt und mit dem Hindenburgprogramm ab 1916 standen dem deutschen Militärstaat auch weitreichende Instrumente der direkten Intervention in Eigentumsrechte zur Verfügung, um die Unternehmen und ihre Produktionsprogramme zu beeinflussen.

Danach fiel der Blick auf die Landwirte des Haller Umlands, die sicher eine bedeutende Gruppe von Agrarunternehmern war. Mit dem System der Rohstoff- und Lebensmittelbewirtschaftung waren auch ihre Verfügungsrechte zunehmend staatlich reglementiert. Die kommunalen Behörden machten aber zu keinem Zeitpunkt den Eindruck, als hätten sie ihr Verteilungssystem gegenüber den Bauern wirklich durchsetzen können. Informelle Strukturen und Schwarzmärkte bestimmten das Bild im Alltag. Bis zuletzt erhielten sich die Haller und Hohenloher Bauern ihre unternehmerischen Handlungsspielräume.

Wer über die Landwirtschaft schreibt, kann von den Pferden nicht schweigen. In der traditionellen „Pferdegeseellschaft“ hatten sie strategische Bedeutung für die Lebensmittelproduktion wie für das Militär. An den genannten, großen Opferzahlen im Weltkrieg kann man indirekt ermesen, welchen Einschnitt der Weltkrieg für die landwirtschaftlichen Betriebe bedeutete.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der erwerbstätigen Bevölkerung änderten sich ebenfalls. In der Analyse wurde vor allem die neue Rolle der Frauen betont. Infolge des allgemeinen Arbeitskräftemangels wurden nicht nur Haller Schüler und Diakonissen zu Arbeiten herangezogen, es waren vor allem die finanziell bedürftigen Frauen, deren Männer zum Militärdienst abgezogen wurden und die deshalb den Lebensunterhalt ihrer Familien selbst verdienen mussten. Gründun-

gen wie der erste Haller Kinderhort waren Folge und Ausdruck dieser neuen Konstellation.

Das letzte große Themenfeld betraf den Staat und damit die kommunale Verwaltung. Insgesamt erfuhren staatliche Akteure in verschiedenen Konstellationen in der Kriegswirtschaft eine erhebliche Aufwertung. An die kommunalen Behörden wurden hier zentrale operative Verantwortlichkeiten delegiert, es ging um die Sicherstellung der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung an der „Heimatfront“, aber auch um die Rohstoffversorgung der Kriegswirtschaft aus lokalen Quellen, es ging um die Mobilisierung von kommunaler und privater Finanzen für das Militär und um die Stabilisierung der lokalen Wirtschaftskreisläufe. Diese neuen Aufgaben und die damit einhergehenden Probleme und Widersprüche im Alltag lassen sich sehr gut auf der kommunalen Ebene beobachten. Hier werden abstrakte Regeln und Gesetze wirksam und müssen sich ihrer Alltagstauglichkeit unterziehen. Die aufgezeigten Haller Beispiele zeigen dies sehr deutlich. Der Blick auf die verschiedenen Akteursgruppen ermöglicht es, die verschiedenen und unterschiedlichen Daten und Fakten zu bündeln, zu sortieren und zu bewerten. Auch wenn für viele Fragen keine umfassende oder systematische Auswertung vorliegt, wurde fassbar, wie der Krieg und die hieraus erwachsenen Anforderungen für Politik und Gesellschaft weitreichende Änderungen im Wirtschaftsprozess nach sich zogen. Die Menschen waren in ihren verschiedenen Rollen ganz neuen Anforderungen und Regeln unterworfen. Viele diese Veränderungen hatten auch mittel- und langfristige Folgen für die institutionellen Bedingungen der deutschen und der europäischen Wirtschaft. Staatliche Akteure spielten auch schon im Kaiserreich eine erhebliche Rolle in der korporatistischen Marktwirtschaft des Deutschen Reiches. Aber auch nach dem Krieg blieben viele ökonomische Aufgaben ungelöst und erforderten die Neujustierung gesetzlicher Regeln und das aktive Eingreifen staatlicher Akteure. Spätestens die Ursachen und die Reaktionen auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 zeigten, dass die Wechselwirkungen von Wirtschaft und Politik zu einem wesentlichen Thema der Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert werden sollten.